

# Universitäten können von ihren Studenten lernen

*Der jüngste Fall eines St. Galler Doktoranden wirft die Frage auf, wie Hochschulen mit den sozialen Netzwerken umgehen*

MARIT LANGSCHWAGER, FERDINAND KNAPP

Ein Schweizer Doktorand kritisiert auf Twitter die chinesische Regierung. Wegen seiner Äusserung in den Social Media will die Universität St. Gallen ihn daraufhin prompt nicht mehr betreuen. Das Doktorat hat er aufgegeben. Er wolle sich nicht zensieren lassen. Die NZZ berichtete über den Fall (NZZ 3. 8. 21). Dieser Fall wirft die Frage auf, wie Hochschulen in der Schweiz und Deutschland mit unliebsamen Kommentaren auf Social-Media-Plattformen umgehen. Können Studentinnen und Studenten grundsätzlich frei entscheiden, was sie posten oder teilen? Oder gehören Richtlinien zum guten Ton?

Soziale Netzwerke sind Orte des menschlichen Miteinanders und wurden über die Jahre auf der ganzen Welt zu Foren gesellschaftlicher Kommunikation. Auf den Kanälen tobt das Leben. Es kann politische Macht ausgeübt und zerstört werden. Auch in der Hochschulwelt gewinnen die sozialen Netzwerke und die dort geführten Debatten an Bedeutung. Schliesslich kommunizieren die Studentinnen und Studenten grösstenteils lieber digital als mit Papier. Auf Anfrage haben viele Hochschulen erklärt, wie sie mit Studenten umgehen, die sich im Web kritisch äussern.

## Verweis auf das Gesetz

«Die Social-Media-Aktivitäten unserer Studierenden überprüfen wir nicht. Wenn aber auf den Kanälen der ZHdK verletzende Kommentare fallen, die gegen unsere Werte verstossen, löschen wir diese auch», sagt Stefan Erdin von der Zürcher Hochschule der Künste. Dies sei aber selten der Fall. Die ZHdK hatte im vergangenen Jahr den mutmasslichen Kopf der Winterthurer Extremistengruppe «Eisenjugend» vom Studium ausgeschlossen. Der junge Mann hatte mit rassistischen Aktionen für Unmut gesorgt. Der Fall brachte das Thema Rassismus ganz oben auf ihre Agenda – auch in den Social Media.

Politische Neutralität sei der Hochschule wichtig, betont Erdin. Die Grenzen von erlaubten Inhalten seien letztlich gesetzlich begründet. Wenn ein Post diese Linie überschreitet, kann es auch dazu kommen, dass ein Disziplinarverfahren gemäss Fachhochschulgesetz eingeleitet wird. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn eine Bedrohung von Angehörigen vorliegt oder bei strafrechtlich relevantem Verhalten «die Interessen der Hochschule beeinträchtigt sind.»

Sowohl die Universität Bern als auch die Universität Zürich beschreiben auf



*In den sozialen Netzwerken sind die Grenzen oft fließend, wenn es ums Debattieren geht. Auch für Hochschulen kann das zu einem Problem werden.*

KARIN HOFER / NZZ

Anfrage eine ähnliche Herangehensweise bei Kommentaren: Wenn sich Studierende auf Social Media äusserten, täten sie dies in der Regel als Privatpersonen. Somit fallen private Posts unter die Meinungsäusserungsfreiheit und unterliegen der Eigenverantwortung der Studierenden. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern geht die Universität Bern jedoch noch einen Schritt weiter: Ein vierseitiges Dokument gibt vor, wie sie sich Online verhalten sollen. Für Studenten gebe es hingegen keine Regularien, die sie beim Posten einschränken.

Dass Universitäten festlegen, was ihre Professorinnen und Professoren

öffentlich sagen dürfen und was nicht, sieht der Wissenschaftsjournalist und Autor Urs Hafner kritisch. Er befasst sich mit der Kommunikation von Hochschulen und findet, dass es vorrangig bei Studenten einen wesentlichen Unterschied gibt: «Sie haben keinen Vertrag unterzeichnet und sind von den Universitäten nicht angestellt, sie unterstehen keiner Treuepflicht. Studierende sollen frei sagen dürfen, was sie sagen wollen.» Er sieht keinen Anlass, Meinungsäusserungen zu bestrafen, solange diese nicht gegen das Gesetz verstossen. «Auch wenn Studenten ihre Uni polemisch kritisieren, sollen sie dies selbst-

verständlich tun dürfen. Die Uni kann davon lernen.»

Die Universität Basel stellt in ihren Richtlinien klar, dass jeder Nutzer für sich selbst verantwortlich ist. Der Leiter der Kommunikation, Reto Caluori, betont, dass es bisher keinen Fall gegeben habe, bei dem Studenten aufgrund ihrer Kommentare belangt werden mussten. Es kam jedoch zu Situationen, in denen Forschende von Dritten persönlich attackiert worden sind. Hier wurde das Gespräch gesucht, oder die Betroffenen haben Strafanzeige erhoben. Allgemein verfolge die Hochschule in den Social Media die Grund-

haltung «Für jeden gilt dasselbe Recht, aber auch dieselbe Pflicht.»

In Deutschland scheint das Thema an den Universitäten nicht sehr präsent zu sein. Keine der angefragten Universitäten kann von einem Präzedenzfall berichten. Sie setzen auf Eigenverantwortung und überwachen das Verhalten ihrer Studenten auf Social Media nicht. Mehrere Universitätssprecher betonen, dass die Meinungsfreiheit ein hohes Gut sei.

Die Humboldt-Universität zu Berlin hat lediglich eigene «Social-Media-Guidelines». In diesen steht, dass Studenten und Mitarbeiter sich «die Verantwortung privater und beruflicher Äusserungen» bewusst machen sollten. Wenn man allerdings auf offen extremistische und rechtswidrige Inhalte der Studenten oder Mitarbeiter aufmerksam gemacht werde, müsse man reagieren: Ein solcher Fall würde dann an juristische Stellen übergeben werden, so der Tenor bei den Universitäten.

Welchen Einfluss rechtswidrige Inhalte von Studenten auf ihre Immatrikulation haben, ist aufgrund eines fehlenden Präzedenzfalles ebenfalls schwer zu beurteilen. In der Studienordnung der Universität Hamburg steht beispielsweise, dass ein Student nur exmatrikuliert werden könne, wenn «er der Hochschule durch schweres schuldhaftes Fehlverhalten erheblichen Schaden zugefügt hat». Dann handle es sich um eine Ermessensentscheidung, so ein Sprecher der Universität.

## Die Tendenz zur Regulierung

Urs Hafner beobachtet in der Schweiz hingegen die Tendenz, dass Hochschulen vermehrt die öffentliche Rede über sich regulieren wollen: «Es gibt die Neigung, dass Universitäten mit Regeln versuchen, die Kommunikation zu lenken, damit es zu keinem Reputationschaden kommt.» Diese Entwicklung empfindet er als «bedenklich», weil sie das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit verletze.

Studenten sehen Hochschulen als Brennpunkt des Geschehens. Es ist der Platz, wo debattiert wird und Meinungen entstehen. Auch deswegen sieht Hafner die offene Kritik auf Online-Plattformen als Chance: «Solange Studenten niemanden verleumden oder attackieren, kann deren Kritik auch hilfreich sein.» Richtlinien brauche es nicht.

Klar ist, dass Studenten an Universitäten lernen zu debattieren, Konflikte auszutragen oder sich zu streiten. Auch in Kommentarspalten und sozialen Netzwerken sollte das weiterhin möglich sein.